



Entscheidungen im Westen

Gründung der Bundesrepublik Deutschland

— Lösungen und Unterrichts Anregungen zu Arbeitsblatt A: „Ein Kind des Kalten Kriegs“?

Arbeitsblatt A verdeutlicht, dass die Gründung der Bundesrepublik Deutschland eine Facette der weltweiten Auseinandersetzung zwischen den USA und der UdSSR nach 1945 ist. Sie wurde mit nicht-militärischen Mitteln geführt („Kalter Krieg“), kannte allerdings später auch echte „Stellvertreterkriege“. Zu den Anfängen des „Kalten Kriegs“ gehört die Teilung Deutschlands; als er weltpolitisch zu Ende ging, war 1989/90 auch die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands möglich.

US-Präsident Truman betrachtete, anders als sein Vorgänger Roosevelt († 1945), die sowjetische Politik kritisch. Er sah Stalin auf Expansionskurs: In Osteuropa hatte er kommunistische Diktaturen errichtet, er bedrohte die Türkei, um freien Zugang zum Mittelmeer zu erhalten, unterstützte im Iran und in Griechenland kommunistische Umsturzversuche. In Westeuropa folgten die dort starken kommunistischen Parteien Moskauer Weisungen, und ihre Agitation schien dank der wirtschaftlichen Not in der Nachkriegszeit auf günstigen Boden zu fallen. Schon am 5. Januar 1946 hatte Truman seinen Außenminister wissen lassen: „Wenn man ihm (Russland) nicht die eiserne Faust zeigt und die stärkste Sprache spricht, werden wir einen neuen Krieg erleben. [...] Ich habe es satt, die Sowjets in Watte zu packen.“ Am 12.3.1947 proklamierte er dann einen „Wendepunkt der amerikanischen Außenpolitik“: „Es muss, glaube ich, der außenpolitische Grundsatz der Vereinigten Staaten werden, allen Völkern, deren Freiheit von militanten Minderheiten oder durch einen von außen ausgeübten Druck bedroht wird, unseren Beistand zu leihen.“

Auf Deutschland bezogen bedeutete diese neue Politik der Eindämmung (Policy of containment), dass nun verwirklicht wurde, was der amerikanische Diplomat Kennan (seit 1947 Chef der Planungsstabes des Außenministeriums) schon 1945 verlangt hatte: den westlichen Teil Deutschlands zu einem „Prellbock für die Kräfte des Totalitarismus“ zu machen (vgl. *Thema 03: Potsdamer Konferenz, Quelle C*).

1 Zeitlicher Ablauf

— Lösung der Arbeitsaufgabe

Reihenfolge: C / F / A / E / D / B

- C > August 1945: Potsdamer Abkommen
- F > 1. Januar 1947: Bizone
- A > 12. März 1947: Truman-Doktrin
- E > 5. Juni 1947: Marshall-Plan
- D > 20. Juni 1948: Währungsreform
- B > 1. Juli 1948: Frankfurter Dokumente

2 Interessenlagen der Alliierten

Zum Quellenauszug A: Die **Direktive JCS 1067** des Generalstabs der US-Streitkräfte an den Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen in Deutschland von 1945 formuliert als dessen Hauptaufgabe, eine deutsche Bedrohung dauerhaft auszuschalten. Dazu gehöre auch eine drastische Reduzierung des deutschen Industriepotentials.

Schritte, „die a) zur wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Deutschlands führen könnten oder b) geeignet sind, die deutsche Wirtschaft zu erhalten oder zu stärken“, werden untersagt. Im März 1946 billigten die USA in diesem Sinne einen Industrieplan des Kontrollrats für Deutschland. Er verbot zum einen die Herstellung bestimmter Industriegüter vollständig (Kriegsgerät, Flugzeuge, Hochseeschiffe, Kugellager, Motorräder über

250 Kubikzentimeter Hubraum, schwere Traktoren, Funksendeeinrichtungen u.a.). Zum Anderen senkte er das deutsche Industrieniveau (mit Ausnahme des Baugewerbes) insgesamt. Bei Werkzeugmaschinen waren z.B. nur noch 11,4% des Niveaus von 1938 zugelassen, es durften nicht mehr als 40.000 Pkw jährlich gebaut werden (das entspricht etwa 0,3% der deutschen Pkw-Produktion von 2012). Alles in allem sollten nur noch 50 – 55% des Niveaus von 1938 produziert werden. Darüber hinausgehende deutsche Kapazitäten waren mithin „für die Friedenswirtschaft überflüssig“ und konnten für Reparationszwecke abgebaut werden (ca. 1.800 Betriebe).

JCS 1067 steht Gedankengängen nahe, die Ende 1944 zur Nachkriegsbehandlung Deutschlands im US-Finanzministerium unter Henry Morgenthau entwickelt worden waren. Diese hatten unter anderem eine weitgehende Deindustrialisierung Deutschlands vorgesehen. In den USA heftig umstritten, war der „**Morgenthau-Plan**“ nie offizielle US-Politik geworden, hatte aber der Nazi-Propaganda willkommenen Anlass geboten, in der letzten Kriegssphase den deutschen Abwehrwillen noch einmal aufzupeitschen.

Zum Quellenauszug B: Im Frühjahr 1947 hatte eine von Präsident Truman eingesetzte Kommission unter dem vormaligen US-Präsidenten Herbert Hoover Europa bereist. Die **Hoover-Kommission** schlug einen Richtungswechsel in der amerikanischen Wirtschaftspolitik gegenüber Deutschland vor und bemerkte in Bezug auf den Morgenthau-Plan (s.o.): „Es war eine Illusion anzunehmen, man könne aus Deutschland ein Hirtenland machen.“ Harriman besuchte im Spätsommer 1947 Deutschland.

— Lösung der Arbeitsaufgabe

Frage a:

1945 betrieben die USA aus Sicherheitsinteresse einen Abbau des deutschen Industriepotentials. Im Gegensatz dazu war 1947 ihr Interesse, Westdeutschlands Industrie zur Stabilisierung Westeuropas wieder aufzubauen.

Frage b:

„Elend und Chaos in Deutschland“ müssen behoben werden, und zwar nicht als Selbstzweck, sondern deshalb, weil sonst die USA ihre politischen Ziele in Europa nicht verwirklichen können.

Frage c:

Diese Ziele sind seit Verkündung der Truman-Doktrin und des Marshall-Plans: Hilfen zur wirtschaftlichen Stabilisierung Europas, damit der Kommunismus dort nicht Fuß fassen kann.

Frage d:

Da Deutschlands Wirtschaft mit der Europas eng verkettet ist, müssen die USA den ehemaligen Feind gesund machen, da sonst auch Europa nicht gesunden kann.



Das dauerhafte Provisorium

— Lösungen und Unterrichtsanregungen zu Arbeitsblatt B: „Grundgesetz“ anstatt „Verfassung“

Arbeitsblatt B beschreibt die Probleme, vor die sich die westdeutschen Ministerpräsidenten angesichts des Auftrags einer Weststaatsgründung gestellt sahen und die Lösungen, die sie fanden, um nicht vor der Nation als „Spalter“ zu gelten. Es stellt ferner die Argumentation zur Diskussion, mit der westdeutsche Politiker[∞] nach späterem Urteil ihr nationales Gewissen zu beruhigen schienen.

— Ergänzende Informationen

1. Die Auffassung Dehlers in *Quellenstück B* („Rußland hat geteilt“) war seinerzeit – von Ausnahmen abgesehen – Gemeingut der meisten nicht-kommunistischen westdeutschen und Berliner Politiker[∞]. In ihren Augen wollte die Sowjetunion ihren erreichten Besitzstand in Mitteleuropa sichern und dazu in Ostdeutschland als Endziel eine Diktatur sowjetischen Musters errichten, einen „Sowjet-Pufferstaat“ (Schlange-Schöninggen, CDU), im Vorfeld der UdSSR eingegliedert in ein „System von Gürtelstaaten“ (Schumacher, SPD). Da die deutschen Kommunisten[∞] ihnen dabei halfen, waren sie für Schumacher „nicht eine deutsche Klassen-, sondern eine fremde Staatspartei“ (1946). Umgekehrt erklärten diese sich zu den „fortschrittlichen, demokratischen Kräften“ und ihre Gegner[∞] zu „Reaktionären[∞]“, dirigiert von „Kräften des westlichen Monopolkapitals“.

Angesichts solcher gegenseitigen Einschätzungen offenbarte denn auch die erste und einzige gemeinsame Konferenz der deutschen Regierungschefs aus allen vier Besatzungszonen zwei Jahre nach Kriegsende weniger deutsche Gemeinsamkeiten als vielmehr Gegensätze, die sich nicht mehr überbrücken ließen. Die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz war im Juni 1947 als gesamtdeutsche Veranstaltung bereits geplatzt, ehe sie richtig begonnen hatte. Die auf Einladung des bayerischen Ministerpräsidenten Ehard, CSU, angereisten ostdeutschen Vertreter (vier von fünf waren SED-Mitglieder) verließen sie noch vor Konferenzbeginn wieder. Ehard kommentierte, dies bedeute „die Spaltung Deutschlands“.

Die Außenministerkonferenzen der Siegermächte des Jahres 1947 (Moskau März/April und London November/Dezember) hatten ebenfalls immer deutlicher gemacht, dass eine Einigung in der Deutschlandfrage immer unwahrscheinlicher wurde und eine Weststaatslösung näher rückte. Die Entscheidung, die angesichts dieser Lage demnächst wohl westdeutschen Politikern[∞] bevorstehen würde, hatte der Rheinische Merkur bereits am 27.9.1947 auf die Formel gebracht: „Freiheit oder Einheit“.

2. Die anfangs zurückhaltende Reaktion der westdeutschen Ministerpräsidenten gegenüber den „Frankfurter Dokumenten“ erzürnte US-Militärgouverneur Clay. Intern nannte er die Deutschen „Feiglinge“ und sagte ihnen unverblümt, ohne die Amerikaner wären sie längst russisch. Die USA brachten auch ins Spiel, dass mangelnde Bereitschaft, ihrer Politik zu folgen, negative Auswirkungen auf das US-Engagement für Berlin haben könnte. Dort hatte sich nämlich mit der „Berliner Blockade“ ein neuer Schauplatz des „Kalten Krieges“ aufgetan: Die Sowjets sperrten seit dem 24.6.1948 alle Zugänge auf den Land- und Wasserstraßen nach Berlin. Damit wollten sie die Westmächte zur Aufgabe ihrer Weststaatspläne, mindestens zum Abzug aus Berlin zwingen. Nur drei Luftkorridore blieben für die Versorgung der westlichen Sektoren mit lebensnotwendigen Gütern frei. Über eine Luftbrücke, deren Hauptlast die Amerikaner[∞] trugen, mussten 2,2 Millionen Westberliner[∞] vor dem Verhungern bewahrt werden. (Entgegen allen Erwartungen gelang die Versorgung durch die Luft dann elf Monate lang, bis die Sowjets im Mai 1949 die Blockade aufgaben.)

3. Die Vorläufigkeit der Weststaatsgründung war den Ministerpräsidenten wichtig, obwohl ihnen und den führenden Parteipolitikern andererseits durchaus bewusst war, dass sie Chancen einer wenigstens teilweisen Wiederherstellung deutscher Souveränität eröffnete (*siehe Quellenauszug B*). Die Westalliierten gaben schließlich den deutschen Forderungen nach. Keine gewählte Nationalversammlung trat zusammen, sondern der Parlamentarische Rat, der auch nur ein „Grundgesetz“ ausarbeitete und keine Verfassung. Die abschließende Legitimation des Grundgesetzes durch ein Plebiszit entfiel, die Zustimmung der Länderparlamente musste reichen. Im Grundgesetz selbst wird das Provisorische in der Präambel betont, Artikel 23 eröffnete die Möglichkeit, dass später „andere Teile Deutschlands“ beitreten und Artikel 146 bestimmt: „Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

Das Festhalten des Grundgesetzes an einer gemeinsamen deutschen Staatsangehörigkeit (Art. 116 GG) sollte sich in den folgenden 40 Jahren als eine wichtige Klammer zwischen beiden Teilen Deutschlands erweisen. Auch jeder DDR-Bürger[∞] hatte danach Anspruch auf einen Pass der Bundesrepublik Deutschland und auf den Schutz ihrer Botschaften im Ausland. Die sollten für Tausende von DDR-Bürgern[∞] zu Stationen ihrer Flucht aus der DDR werden (vgl. Prag, Warschau, Budapest 1988/89).

3 Was wurde aus der „deutschen Einheit“?

Dass 1990 entgegen allen Erwartungen die staatliche Einheit Deutschlands wiederhergestellt werden konnte, hat viele Ursachen. Hier wird zur Diskussion gestellt, ob eine davon die historische Bestätigung der „Magnettheorie“ sein könnte, mit der westdeutsche Politiker[∞] die Gründung der Bizone (Schumacher) bzw. die bevorstehende Weststaatsgründung (Dehler) als Übergangslösung hin zur deutschen Einheit rechtfertigten?

Diese Frage ist deshalb interessant, weil in den langen Jahren der Teilung Deutschlands die Forderung der Grundgesetzpräambel nach einer Politik der Wiedervereinigung oft als „Lebenslüge“ bezeichnet worden ist. Sie werde in Sonntagsreden gepflegt, habe aber mit der praktischen Politik der Bundesrepublik Deutschland zu keiner Zeit etwas zu tun gehabt. (vgl. z.B. 1984 Willy Brandt, Bundeskanzler 1969 – 1974, in: Reden über das eigene Land. Bertelsmann, München 1988, S. 63.) Folgerichtig wurde verlangt, das Wiedervereinigungsgebot zu streichen, zur Zweistaatlichkeit Deutschlands gebe es keine Alternative. Wenige Monate vor dem Zusammenbruch der DDR äußerten sich selbst Historiker[∞] noch so, die ein Axiom ihres Faches offensichtlich verdrängt hatten: „So, wie es ist, bleibt es nicht.“ (Bertolt Brecht: Lob der Dialektik)

Die *Quellenzitate* laden ein, über grundsätzliche Fragen von Geschichtsbetrachtung nachzudenken, z.B.:

- Wie zeitbedingt sind einstige und gegenwärtige historische Urteile?
- Wie offen ist Geschichte?
- Gibt es immer auch Spielräume?
- Ist es erlaubt, von Situationen/Entscheidungen zu behaupten, sie seien alternativlos?